

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

Nr. 66

Versprech-Ausschluss:  
Nr. 7.

55. Jahrgang.  
Sonntag, den 19. März

Telegramm-Adresse:  
Tageblatt. 1905.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwifauerstraße 667, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfjährige Normzeit mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Bekanntmachung.

Nachdem die Behändigung der Stadtsteuerzettel für das Jahr 1905 erfolgt ist, wird Folgendes hierdurch bekannt gemacht:

1. Zur Deckung der Bedürfnisse der Stadtgemeinde Lichtenstein für das Jahr 1905, soweit diese nicht von sonstigen Einnahmen bestritten werden, wird im laufenden Jahre der durch den Anlagentarif festgesetzte Steuersatz **sechzehnfach** erhoben.

2. Alle steuerpflichtigen Personen, denen ein Steuerzettel nicht behändigt worden ist, werden hierdurch aufgefordert, sich **unverzüglich in hiesiger Stadt-Steuereinnahme zu melden.**

3. Der erste Stadtanlagentermin ist **mit dem heutigen Tage fällig** und binnen 3 Wochen, längstens aber bis **zum 10. April d. J.** zu bezahlen.

4. **Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die festgesetzten Zahlungstermine pünktlich einzuhalten sind, andernfalls nach Ablauf der für jeden Termin festgesetzten Zahlungsfristen gegen die Säumigen das Verwaltungsverfahren eingeleitet werden wird.**

5. Etwaige Reklamationen gegen die erfolgte Veranlagung sind bis **zum 7. April 1905 schriftlich** und gehörig begründet hier anzubringen.

## Im Reichstage

gab es gestern, ehe der Etat des Auswärtigen Amtes angenommen wurde, noch eine kleine Auswanderereine Russen- und Polendebatte. Abg. Haase (Soz.) brachte nämlich zur Sprache, daß russische Auswanderer auf der ersten preussischen Grenzstation gezwungen worden seien, eine Schiffskarte der Hamburg-Amerika-Linie nach Amerika zu lösen, auch wenn sie gar nicht nach Amerika wollten, sondern nach England und Frankreich oder der Schweiz oder auch nur nach Hamburg. Für den Fall der Nichtlösung der Karte sei ihnen Rücktransport nach Rußland angedroht worden. Später, als durch den „Vorwärts“ der Tatbestand aufgedeckt worden war, habe man ihn allerdings auf Mißgriffe von Agenten zurückzuführen gesucht. Gegenwärtig gingen die preussischen Behörden sogar soweit, Personen aus Rußland einstweilen festzunehmen, auch wenn diese freiwillig nach Rußland zurückwollten, wofür nur ein Ballinischer Agent sie als auswandererungsverdächtig bezeichne. Eine neue Verordnung vom 26. Februar d. J. gebe die betreffenden Personen frei, sofern sie, wenn auch nicht nach Amerika, so doch nach einem anderen deutschen Hafen ein Schiffskarte lösen. Aber auch diese Verordnung sei unzulässig, denn das Reichsgesetz über das Auswandererwesen lasse für einzelstaatliche Verordnungen überhaupt keinen Raum, sondern gewähre das betreffende Verordnungsrecht lediglich dem Bundesrat. Der Satz, daß Reichsrecht vor Landesrecht gehe, sei zum Kinder-gepöhl geworden. Die Kontrollstationen seien zu Menschenfallen geworden. (Als der Abg. Haase aufgehört hat zu reden, entsteht zunächst eine Pause. Von links wird gerufen: „Und die Regierung schweigt?“ und dann: „Was kann sie auch sagen!“ Gleich darauf tritt Graf Bülow in das Haus ein.)

Staatssekretär Graf Posadowsky meinte, die Kontrollstationen seien eingerichtet worden, um im sanitären Interesse unliebsamen Zugang zu verhindern. Wenn Sie wüßten, was alles über die Grenze kommt! Amerika nimmt nicht alle Auswanderer an. Den Einzelstaaten kann aber nicht zugemutet werden, die Lasten für den Rücktransport zu übernehmen. Deshalb ist die Vereinbarung mit den Schiffsahrtsgesellschaften getroffen worden. Es mögen dabei Mißgriffe vorgekommen sein, aber die Grundlage dieser Einrichtung ist berechtigt.

Abg. Bernstein (Soz.) findet eine Unterstreichung Rußlands durch Deutschland darin, daß die Ausnahme russischer Anleihen in Deutschland gefördert werde. Die kleinen Leute würden bei uns niemals Geld in russischen Anleihen angelegt haben, wenn sie nicht hätten glauben müssen, daß diese Operationen durch unsere Regierung begünstigt würden. Unserer ganzen Volkswirtschaft sei durch diese Begünstigung russischer Anleihen schwerer Schaden zugefügt worden. Er wolle das Publikum ausdrücklich warnen, sich auf die neueste russische Anleihe-Operation einzulassen. (Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wird Redner, weil er den Zaren als Veranlasser der Schlächtereien in Ostasien einen Verbrecher nennt und dies indirekt nochmals wiederholt, vom Vizepräsidenten Paasche zweimal zur Ordnung gerufen.) — Reichskanzler Graf Bülow: Es ist ganz richtig, daß neuerdings unsere Banken eine neue russische Anleihe aufgenommen haben. Das ist aber reine Privatangelegenheit. Solche Anleihen zu verhindern, liegt bei unseren guten Beziehungen zu Rußland für mich kein Grund vor. Ich würde auch nicht gegen Unterbringung einer japanischen Anleihe bei uns einschreiten. Wichtig ist ferner, daß Fürst Bismarck einmal russische Papiere hinauszutreiben bemüht war; andererseits aber hat er auch ein andermal den russischen Anleihen Vorschub geleistet. Nun hat sich der Abgeordnete Bernstein lebhaft bemüht, die Stimmung für die russischen Werte möglichst flau zu machen. Ich weiß nicht, inwiefern er damit Einfluß auf die Börse haben wird. Daß sich trotz der russischen Wirren und Niederlagen bis jetzt der Kurs auf russische Papiere gehalten hat, erklärt sich daraus, daß die Besitzer dieser Papiere mehr Vertrauen auf die politische und wirtschaftliche Zukunft Rußlands haben, als die Herren von der Sozialdemokratie.

Der Reichskanzler rechtfertigte dann noch gegenüber den heftigen Angriffen der polnischen Abgeordneten die Polenpolitik der Regierung, worauf das Haus nach Annahme des Etats des Auswärtigen sich vertagte.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Die nach Abessinien entsandte Kaiserliche Mission, wird, wie schon gemeldet, demnächst die Rückreise nach Deutschland antreten. Die wegen eines deutsch-abessinischen Handelsvertrages geführten Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt.

Der Vertrag ist am 7. d. M. in Adis Abeba geschlossen worden.

\* Eisenbahnminister v. Budge erklärte im Preuß. Abgeordnetenhaus, daß der Streik im Kohlenrevier einen Ausfall der Einnahmen von 12 bis 13 Millionen zur Folge gehabt habe. Die Eisenbahnverwaltung schließe gegenüber dem Etat 1904 mit einem Mehrüberschuß von 27,6 Millionen ab.

\* Der in Berlin zusammengetretene Bergbau-liche Verein hat sich gegen die zweite Novelle zum preussischen Vergesehe erklärt, wie von den Grubenbaronen nicht anders zu erwarten war.

\* Es verlautet, daß im Reichsjahrgang eine Vorlage, betreffend Erhebung einer Reichserbschaftsteuer, ausgearbeitet wird, bezw. daß vorbereitende Arbeiten nach dieser Richtung ausgeführt werden, welche der zusammenberufenden Konferenz der Finanzminister unterbreitet werden sollen. Der Plan soll dahin gehen, die in mehreren Einzelstaaten erhobene Erbschaftsteuer unter starker Erhöhung der Sätze für größere Erbschaften und Erbschaftsanfall an Seitenlinien auf das ganze Reich auszudehnen; an den Ertragsstätten dieser Reichserbschaftsteuer sollen dann die Einzelstaaten mit einem gewissen Prozentsatz beteiligt werden. — Das würde im Widerspruch stehen mit der von uns schon mitgeteilten bestimmter: Erklärung des preussischen Finanzministers v. Rheinbaben, daß eine Reichserbschaftsteuer nicht geplant ist, da sie undurchführbar sei.

\* Mehrere Ansjedler auf Samoa haben an den Reichskanzler eine Petition gerichtet, in der sie um Schutz gegen die Samoaner bitten, die Regierung möge Truppen entsenden oder häufiger Kriegsschiffe anlaufen lassen. Anlaß zu Unruhen gab die gewaltsame Einkerkung eines Häuptlings durch einen anderen Häuptling.

\* Der am 21. März auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen in die Taufe zu gehende kleine Kreuzer N wird den Namen „Leipzig“ erhalten.

\* Anlässlich der Vermählung des Kronprinzen soll eine Medaille geprägt werden, die die Bildnisse des Kronprinzen und der Herzogin Cecile zeigt. Die Medaille soll in der königlichen Münze hergestellt werden.

### Oesterreich.

\* Eger (Böhmen), 18. März. Eine große Kundgebung in Form einer Straßendemonstration ist hier für Sonntag geplant wegen der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, daß die tschechische Sprache als landesübliche in Eger zu gelten hat.

5. Alle Grundstücksbesitzer, welche mit der Grundsteuer auf den 1. Termin d. J. noch im Rückstande sind, werden aufgefordert, dieselbe bei Vermeidung zwangsmäßiger Beitreibung bis

zum 24. dieses Monats

abzuführen.

Lichtenstein, am 17. März 1905

Der Stadtrat.

Stedner,

Bürgermeister.

Shn.

## Bekanntmachung.

das diesjährige Musterungsgeschäft betr.

Die in Lichtenstein wohnenden Militärpflichtigen, die in den Jahren 1883, 1884 und 1885 geboren sind, werden hiermit vorgeladen, sich

Donnerstag, den 30. März 1905,

vormittags 1/8 Uhr

behufs ihrer Bestellung vor der königlichen Ersatz-Kommission im Gasthause zum goldenen Helm hier bei Vermeidung der für den Nichtgestellungsfall festgesetzten Strafen und Nachteile rechtzeitig einzufinden.

Wer durch Krankheit am Erscheinen im Musterungstermine behindert ist, hat ein ärztliches Zeugnis hier einzureichen.

Lichtenstein, am 22. Februar 1905.

Der Stadtrat.

Stedner,

Bürgermeister.

Schr.

einer der unter der so würde Boerhält- beurteilt dgen s- o mühte Behn- nicht das antrage nicht für auch für te dahin- ähnlichen

ist kaum fengerichts chen. Ich nden Ver- Namens- erstattung ten Eigen-

und der zurück, die

dahin, daß ng des ch eine ng einer ch, Publi- sämtlicher

über die überzeugung d feiner- Passus des Angeklagten sich nur handelte. nach der Betrach- dem Artikel Artikel enthält enen die der einen int, durch Koststellung Das der bessere in großer, Erregung auf die stigen Ver- eldtrafe af die Pu- welchem die kstool und ungen zu hlin gestellt entlich, ungen ehenlichkeit lassen, so

es genügend. irtschaftlicher folgt ist und n von dem gende Kritik anten Viele latte zurück- on 150 M.

offen.

SLUB Wir führen Wissen.